

SEV-GATA ist befremdet über den Lufthansa-Umbau in Basel

Swiss aus Euroairport Basel weggefegt

Der Markteintritt der Lufthansa-Tochter Eurowings in Basel bedeutet das Aus der Swiss an ihrem Hauptsitz.

«Trotz Sparprogrammen und günstigerem GAV presst die Lufthansa die Swiss-Tochter weiter aus», kritisiert SEV-GATA-Präsident Philipp Hadorn den jüngsten Coup des deutschen Konzerns und warnt: «Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen würde von der Belegschaft nicht mehr kampflos hingenommen.»



Himmlische Gefühle beim Fliegen, unterirdische Umgangsformen mit den Beschäftigten am Boden.

Einmal so, einmal anders

Während die Lufthansa-Leitung ihre Presseabteilung über Innovation und dynamisch schlanke Strukturen berichten lässt, kündigt sie knallhart den Ausstieg der Swiss aus dem Flugverkehr in Basel an.

«Zynisch mutet es an, wenn Lufthansa-Chef Carsten Spohr den Mitarbeitenden zuruft, «hochmotivierter Teil des grossen Ganzen, unserer Lufthansa» zu sein, und wenige Sätze später in der internen Kommu-

nikation «wertbasierte Steuerung» ausschliesslich auf die Aktionäre bezieht», zieht Philipp Hadorn ernüchtert Bilanz zum neusten Streich der Lufthansa gegen die eigene Tochter Swiss. SEV-GATA stellt

irritiert fest, dass die Ausdünnung der Swiss weitergeht, obwohl die Gewerkschaften in den GAV-Verhandlungen deutliche Zugeständnisse zur Erhöhung der Produktivität gemacht haben.

Gelebte Sozialpartnerschaft sieht anders aus

«Das Eindringen des Low-Cost-Schwesterbetriebs darf den zugesicherten langfristigen Erhalt der Arbeitsplätze in Basel nicht gefährden», stellt Philipp Hadorn klar und bemängelt die erneute Missachtung der Informationspflicht des Arbeitgebers gegenüber den Sozialpartnern. Mit dem Hut als Nationalrat fügt Hadorn an: «Während im Parlament und in der Öffentlichkeit die schweizerische Sozialpartnerschaft als «Güte-Label» gehandelt wird, zeigt sich in der Praxis ein faktischer Ausverkauf und Rückzug des ehemaligen Flaggschiffs der Schweizer Luftfahrt aus strategischen, zukunftssträchtigen Bereichen – unter Missachtung jeglicher gängiger Umgangsformen mit den Gewerkschaften.» SEV

Genfer Verkehrsbetriebe TPG

SEV fordert interne Untersuchung zu Führungsproblemen

Der SEV hat am 16. Juli die Medien über den Freispruch der SEV-Gewerkschaftssekretärin informiert, die von einem TPG-Kader wegen angeblicher übler Nachrede eingeklagt worden war. Dies, nachdem sie den sich häufenden Beschwerden von Mitgliedern über Pressionen und Führungsmängel nachgegangen war. Der SEV verlangt nun von der Direktion eine unabhängige interne Untersuchung.



Amélie Piguet (Anwältin), Vincent Leggiero, Valérie Solano und Michel Viret an der SEV-Medienkonferenz zu den fragwürdigen Führungsmethoden bei den TPG.

Die Führungsmethoden bei den TPG, insbesondere in ihrem Geschäftsbereich Betrieb, geben dem SEV schon seit längerem zu Sorgen Anlass. Zahlreiche Kolleg/innen haben seit 2012 gemeldet, dass sie auf inakzeptable Weise unter Druck gesetzt wurden. Dies geschah mittels Kündigungsandrohungen in Form von Zielvereinbarungen, die den Personalstatuten zuwiderliefen. Der SEV bedauert die passive Haltung der Direktion in dieser

Angelegenheit, hat sie sich doch bisher trotz wiederholter Bitten des SEV geweigert, die kritisierten Führungspraktiken zu untersuchen. Der SEV hatte bei ihr im Mai 2013 Alarm geschlagen und gefordert, dass eine Gruppe freiwilliger Mitarbeiter/innen gebildet werden soll, die nach entsprechender Ausbildung die Klagen entgegennehmen und untersuchen sollen – leider erfolglos. «Wir haben die Direktion gewarnt, dass solche Führungs-

methoden Fahrer/innen zum Äussersten treiben könnten», sagt Michel Viret, Vorstandsmitglied der SEV-VPT-Sektion TPG. «Bereits hat ein Fahrer Morddrohungen gegen einen Kader ausgestossen.» Auch das jüngste Treffen vom 14. Juli zwischen SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger und TPT-Interimsdirektor Christoph Stucki brachte keine Lösung, da sich Stucki weigerte, Licht in die Führungsmethoden im Unternehmen zu bringen.

Angriff auf die Gewerkschaftsrechte
Hinzu kam eine Diffamierungsklage eines hohen Kadern gegen SEV-Gewerkschaftssekretärin Valérie Solano, die den Beschwerden der SEV-Mitglieder über fragwürdige Führungspraktiken nachging. Der Kader ist nun mit seiner Klage vor Gericht abgeblitzt. Für den SEV war es ein Versuch, die Gewerkschaftsarbeit zu kriminalisieren. «Das Gerichtsurteil ist ein gutes Signal für die Ge-

werkschaftsrechte, aber noch keine gute Nachricht», erklärte SEV-TPG-Präsident Vincent Leggiero vor den Medien. Die Klage war Auswuchs einer antigewerkschaftlichen Strategie, die sich in Angriffen auf SEV-Mitglieder äusserte. Der betroffene Kader hat mehrfach gedroht, beim SEV organisierte Mitarbeitende zu benachteiligen. Insbesondere betonte er, dass er sie daran hindern könne, im Unternehmen aufzusteigen. Und er zögerte bei Versammlungen nicht, Kolleg/innen zu fragen, ob sie SEV-Mitglied seien, was der verfassungsmässig garantierten Koalitionsfreiheit klar widerspricht. Das fehlende Engagement der Direktion in dieser Problematik ist umso unverständlicher, als bekanntlich bei den TPG im August 2011 bereits ein technischer Angestellter seinen Vorgesetzten am Arbeitsplatz erschossen hat. Vivian Bologna/FI